

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Freitag, 4. November 1927.

Nr. 258.

## Die Enttäuschten.

Immer vorat, wenn die kapitalistische Meute die Sozialdemokratie von der einen Seite anfaßt, dies von der anderen Seite zu bejagen, haben sich die Kommunisten auch die Gelegenheit des Parteitagcs der österreichischen Sozialdemokratie nicht entgehen lassen, in einer (seminaristischen) Linie mit der Bourgeoisie aufzumarschieren. Nach dem Parteitag, der ihnen und der Kapitalistenklasse eine Hoffnung einsparte, stehen sie beide da als die trauernden Hinterbliebenen und Enttäuschten. Welcher grandiose Triumph wäre es für die Klassenfeinde der Arbeiterschaft gewesen, wenn an den dem 15. Juli folgenden Diskussionen über die neue politische Situation das gewaltige Vollwerk des österreichischen Proletariats, das die österreichische Sozialdemokratie war und ist, zerpalten worden wäre, oder wenn wenigstens die innere Auseinandersetzung keine volle Klärung erfahren hätte! Unter den auf dieses Ereignis Harrenden und Hoffenden waren auch die kommunistischen Einheitsfront-Schreier, deren tiefster Schmerz es ist, daß in Oesterreich die proletarische Einheitsfront im Rahmen der Sozialdemokratie zum Nutzen des Proletariats hergestell ist, und daß die österreichische Arbeiterschaft sich gegenüber der Moskauer Heilslehre absolut ablehnend verhält. Der Parteitag hat mit Klugheit, Besonnenheit und innerer Kraft die dem 15. Juli folgende Erschütterung der Partei überwinden. Grund genug für die kommunistischen Führer, verzärtelt zu sein und die erhoffte, aber unterbleibende „Zerlegung“ der Partei mit dem üblichen Geschrei über — „Verrat“ zu bejammern. Verrat? An wem und was? Nun, die Sozialdemokratie will noch immer nicht so wie der hohe Moskauer Rat, „Verrat“ an der kommunistischen Charlatanerie, „Verrat“ an der kommunistischen Lehre, daß die einzig richtige revolutionäre Vorgehensweise darin besteht, wenn sich das Proletariat zur Freude der Kapitalistenklasse spaltet. Kann sich jemand überhaupt eine Aktion des Proletariats vorstellen, bei der die Kommunisten ihr gottschämliches Gezeier über „Verrat“ nicht erhoben hätten?

Die Ereignisse des 15. Juli waren aus der Empörung der Arbeitermassen über die im Dienste des Faschismus stehende Schandjustiz erwachsen, die sozialdemokratische Arbeiterschaft aller Länder hat sich hinter die unglücklichen Opfer dieses Bluttages gestellt, und gegenüber der Bourgeoisie bedarf es wegen dieser Ereignisse keiner Rechtfertigung. Aber nicht an die Frage über der Arbeiterschaft? Die Frage steht so: darf ein Teil der Arbeiterschaft, wenn auch hundertmal aus Unmut und Verbitterung heraus, selbständig, unter Bruch der Disziplin, ohne Einschätzung der Folgen eine Aktion unternehmen? Selbstverständlich beantworteten die Kommunisten diese Frage mit Ja, und das ist eben ein Teil des „Verrates“, daß die Sozialdemokraten darüber anderer Meinung sind, aber man wird die Kommunisten erst dann als Sachleute über die in unserer Partei notwendige Disziplin ansehen können, wenn sie aufhören, in ihren eigenen Reihen jeden, der auch nur eine abweichende Meinung äußert, als Meuter zu stäupen und auf dem Scheiterhaufen zu verbrennen, wie das jetzt sogar mit Trotzky und Sinowjew geschieht. Wer kein Brett vor dem Kopfe hat, mußte sehen, daß zumindest die Niederbrennung des Wiener Justizpalastes der Sache der österreichischen Arbeiterschaft Schaden zugefügt hat, weniger unter der Industriearbeiterschaft, als unter den halb- und ganzproletarischen Schichten, den kleinen und mittleren Bauern und Sozialistischen städtischen Schichten, welche die Sozialdemokratie gewinnen muß, um die Mehrheit im Staate zu erreichen. Schaden aber auch deshalb, weil solche ohne Ziel und Plan und ohne Verantwortung unternommenen Aktionen nur zu Niederlagen und damit zur Stärkung der reaktionären Kräfte führen können. Das wissen auch die kommunistischen Führer, die in der sinnlosen Arrangierung von Putschführer Großes leisteten und bei der Aufpöpelung der Konterrevolution sich große Verdienste

erworben haben. Es fehlt ihnen das Gefühl, daß sie sich unjagbar lächerlich machen, wenn sie ihre Enttäuschung damit zu verbergen suchen, daß sie als „Verrat“ erklären, was zu tun sie sich jetzt selber ängstlich hüten.

„Der Tod ist kein Programm“, hat einer der Debatteredner auf dem Parteitag gesagt, und das ist nach kommunistischer Auffassung der Verrat Nummer Zwei. Pathetisch ruft der „Vorwärts“, dieser Ausspruch leuchte „tief hinein in den Abgrund der sozialdemokratischen Politik“. Danach müßte man meinen, der Tod sei ein Programm der Kommunisten, aber bis heute haben die Führer der A. B. C. noch nicht gezeigt, daß sie sich mit dem Sterben allzusehr beileben. Und wenn schon jemand den Opfertod erleiden mußte, so waren es Arbeiter, denen die kommunistischen Führer beim Sterben gerne den Vorrang überlassen haben. Es ist natürlich im höchsten Grade läppisch, aus der Tatsache der Bejagung der Sozialdemokratie, die Arbeiterschaft könnte durch neue Explosionen auf ein Gebiet gedrängt werden, auf dem sie schwere Opfer mit dem Enderfolg einer Stärkung der faschistischen Machtgelüste der Bourgeoisie bringen müßte, die Behauptung zu schöpfen, die Sozialdemokratie rate den Arbeitern, alles „demütig und geduldig hinzunehmen, ohne sich zu rühren“. Ausdrücklich sagt die beschlossene Deklaration, daß die sozialistische Arbeiterschaft auch die Gewaltanwendung nicht verschmähen würde, wenn die Republik in Gefahr käme, gestürzt zu werden, oder wenn die Reaktion die durch die Revolution eroberten Rechte der Arbeiterschaft zu rauben versuchen wollte. Wenn doch nur unsere Kommunisten einmal so mutig wären, so zu sprechen und zu handeln. Der Bürgerkrieg raubt jaft einer Million Arbeiter alle Versorgungsrechte für ihr Alter, aber die kommunistischen Führer besteigen noch immer nicht die Barrikaden, sie machen nicht Revolution, sondern fabrizieren Revolutionen. Nicht einmal ihre Anhänger schiden sie hinauf, nur die Sozialdemokraten, die allerdings so verräterisch sind, daß sie nicht den Tod — nämlich den Tod der unter ihrer Führung stehenden Arbeiter — weil ihnen Arbeiterleben heilig sind, zu ihrem Programm machen. Die Unterlassung dessen, was das schwerste Verbrechen des Bolschewismus ist, durch leichtfertige Experimente, Putsche und andere Gewaltmaßnahmen die Arbeiterschaft dem Faschismus ans Messer zu liefern, als verräterisch hinzustellen, das beweist eine Lumpigkeit der Gesinnung, um welche die kommunistischen Führer niemand beneidet. O, es ist so leicht, andere ins Feuer zu schicken, und das kommunistische Schindluder zitiert dabei nicht einmal ein blaues Auge, solange es den Bürgerkrieg mit dem Federstift macht und schreibt, der 15. Juli habe eine so herrliche Gelegenheit geboten, das vergessene Blut zu rächen und Abrechnung zu halten mit der Herrschaft der Reaktion. In diesem einen Satz ist die Frage gelöst, warum der Bolschewismus in allen Ländern, in denen er auf die Arbeiterschaft Einfluß gewann, diese von Niederlage zu Niederlage geführt hat. Bei der von den Kommunisten geforderten „Rache“ und „Abrechnung“ hätte die Arbeiterschaft in Wien wahrscheinlich den Sieg davongetragen, aber Wien ist nicht die Welt, nicht einmal Oesterreich, in allen anderen Bundesländern hätte die „Abrechnung“ mit einer furchtbaren Katastrophe geendet. Ganz abgesehen davon, daß wahrscheinlich weder der ungarische noch der italienische Faschismus einer solchen „Abrechnung“ lange zugehen hätte.

Die Sozialdemokratie strebt die Macht ergreifung auf dem friedlichen Wege der Demokratie an. Wenn sie den Bürgerkrieg möglichst zu vermeiden sucht, so nicht nur deshalb, weil jeder Bürgerkrieg über das Land und über die Arbeiterschaft großes Elend bringt, sondern weil der Kampfboden der Demokratie weit bessere Aussichten auf Erfolg bietet. Ausschreitungen, blutige Konflikte können, solange die Bourgeoisie der stärkere Teil ist, das Ziel der Machtergreifung

nur weiter hinausrücken. In der gegenwärtigen Situation Zusammenstöße zu provozieren, daran kann lediglich der Faschismus ein Interesse haben. Und natürlich kein Gegenpol: der Bolschewismus, dem ebenso wie dem ersten der „Tod ein Programm“ ist. Beiden sind Arbeiterleben billig, beide hätten es freudig begrüßt, wenn der österreichische Parteitag, anstatt Selbstbejagung und Selbst-

kritik zu beweisen, sich für die Zollhäuserpolitik des Bolschewismus entschieden hätte. Nun machen sich die Enttäuschten nach ihrer Weise Luft. Um so mehr hat die Arbeiterschaft Ursache, sich über die Ergebnisse des Parteitages, die einen neuen Aufstieg der Partei verbürgen, von ganzem Herzen zu freuen.

## Ernste Lage im Eisenbahnerkonflikt.

Verhandlungen mit Svehla. — Unnachgiebigkeit der Regierung. — Bereitschaft der Organisationen.

Prag, 3. November. Die Verhandlungen, die gestern nachmittag zwischen den parlamentarischen Vertretern der Eisenbahner und dem Ministerpräsidenten Svehla eingeleitet worden waren, wurden heute den ganzen Tag hindurch fortgesetzt. Bemerkenswert ist, daß den heutigen Beratungen auch Vertreter der interministeriellen Systemisierungskommission zugezogen wurden, die allerdings, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, der Faktor ist, der sich am rücksichtslosesten gegen eine Abänderung der Systemisierung zugunsten der Eisenbahner ausspricht.

Bei den gestrigen Verhandlungen, die bis in die späten Nachstunden währten, waren außer den parlamentarischen Vertretern der Eisenbahner

auch die früheren Minister Hampl und Kofler zugegen. Wie heute verlautet, hat Ministerpräsident Svehla erklärt, daß er

unter keinen Umständen eine Änderung der Verordnung 15.27 zugestehen

könne, die Eisenbahnervertreter erklärten hierauf, daß dies gerade der Kardinalpunkt ihrer Forderungen sei und daß eine Ablehnung dieses Punktes zum Scheitern der Verhandlungen führen müsse.

Es ist selbstverständlich, daß die Organisationen der Eisenbahner getrübt sind, mit den ihnen gesetzlich zustehenden Mitteln ihr Recht zu erkämpfen.

## Für die Kranken und Alten gibt es kein Geld!

Staatsgelder sind nur für Großgrundbesitzer zu haben.

Die eifrigsten Bekämpfer der Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter sind die Agrarier, jene Partei, welche das gesamte Landvolk zu vertreten vorgibt, in Wirklichkeit jedoch nur die Interessen der großen Grundbesitzer schützt. Das Ackerbauministerium hat, wie wir dem „Právo Lidu“ entnehmen, eine ganze Abteilung seines Amtes organisiert, um deutschen und tschechischen Agrariern dieses Landes im Kampfe gegen die Sozialversicherung zu liefern. Die Herren Großgrundbesitzer wollen keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, sie wollen keine Grundsteuer zahlen, aber sie lassen sich vom Staate subventionieren, was nur Zeug hält. Dafür bieten die Ziffern des Budgets des Ackerbauministeriums genügend Anhaltspunkte. So findet sich hier eine Post „Landwirtschaftliche Organisation“ mit dem Betrage von 7.714.121 K., die in Wirklichkeit nichts anderes bedeutet, als daß in dieser Höhe an die Organisationen der tschechischen und deutschen Agrarier Subventionen gezahlt werden. Die Herren Agrarier lassen sich vom Staate einfach ihre Partei erhalten. Eine andere Post lautet „Zeilweiser Entgelt der Kosten der Revisionen und statistischen landwirtschaftlicher Untersuchungen“ und weist einen Betrag von zwei Millionen Kronen auf. Es werden also einige Großgrundbesitzer, die sich der besonderen Gunst der leitenden Kreise der agrarischen Partei erfreuen, auf diese Weise einen Teil ihrer Geschäftsregie vergütet erhalten. Insgesamt sind für derartige Zwecke etwa 100

Millionen im Budget des Ackerbauministeriums vorgezogen. Gewiß gibt es darunter auch Posten, die der Förderung der Landwirtschaft und der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion dienen, wogegen an und für sich nichts einzuwenden ist und wofür die Sozialdemokratie auch immer eingetreten ist. Nur darf die Verteilung dieser Gelder nicht von lauter Funktionären der Agrarier erfolgen, weil da nur die größeren Grundbesitzer etwas bekommen, während die kleinen oft leer ausgehen. Wenn aber die Agrarier mit ihren großen Händen in den Staatsschatz greifen, wenn sie mehr Subventionen bekommen als die ganze Grundsteuer beträgt, wenn sie also vom Staate mehr bekommen als sie ihm geben, dann dürfen wohl auch die anderen Massen der Bevölkerung, insbesondere die arbeitenden Klassen, die Kranken, Alten und Invaliden auch staatliche Fürsorge verlangen. Während sich also die Bourgeoisie und insbesondere die agrarische Bourgeoisie schamlos bereichert, aus dem Arbeiter durch hohe Zölle den letzten Streifen herauswindet, und die Staatskassen erleichtert, wo es nur geht, will dieselbe Bourgeoisie die paar Erwerbslosen auf dem Gebiete der Sozialversicherung, die sich die Arbeiter durch Jahrzehnte erkauft haben, ihnen nehmen. Gegen diese habgierige tschechoslowakische Bourgeoisie aller Nationen, die nur an ihre eigene Tasche denkt und bereit ist, den Kranken und Alten Arbeiter einfach verrecken zu lassen, muß mit allen Kräften der Kampf geführt werden.

## Neues Urteil gegen Gajda.

Prag, 3. November. Der Disziplinaraußschuß des Ministeriums für Nationalverteidigung, der über die Verurteilung Gajdas verhandelte, hat heute seinen Spruch gefällt. Die Degradation Gajdas wurde bestätigt. Der Teil des Erkenntnisses der ersten Instanz jedoch kassiert, der Gajda 75 Prozent seiner Pension betraf. Gajda wurde aller Bezüge für verlustig erklärt. Das Erkenntnis wird, so es vom Minister für Nationalverteidigung unterschrieben sein wird, im Amtsblatt des Verteidigungsministeriums publiziert werden.

## Bürgermeisterwahlen.

im Teplicher Bezirk.

In den beiden größten Gemeinden des Teplicher Bezirkes (mit Ausnahme der Stadt Teplich-Schönau), in Turn und Zettenz, fanden gestern die Wahlen in den Stadtrat statt. Zum Bürgermeister von Turn wurde Genosse Kráma mit, zum Vorsteher von Zettenz Genosse Gajbauer gewählt. Den Bürgermeisterposten von Turn hat unsere Partei wiedererobert, den von Zettenz hat sie seit 1919 inne.

In Turn ging ein deutsches Stadtratsmandat an die Tschechen (tschechische Gewerkepartei) verloren, weil die Deutschbürgerlichen in ihrem Haß gegen die deutsche Sozialdemokratie mit den tschechischen Bürger-

lichen, auch mit der Agrarpartei gekoppelt hatten. Bemerkenswert ist, daß bei dieser nationalen Großaktion die „negativistische“ Nationalpartei führend wirkte!

## Aus den Ausschüssen.

Der landwirtschaftliche Ausschuß des Abgeordnetenhauses setzte am 3. November die Debatte über das Exposé des Landwirtschaftsministers Dr. Erdinok fort. Es kamen die Vertreter der Kommunisten, tschechischen Agrarier, tschechischen Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Slowaken zu Worte. Zwischen den tschechischen Sozialdemokraten und den tschechischen Agrariern gab es stellenweise lebhafteste Auseinandersetzungen. — Die nächste Sitzung wurde für den 9. November anberaumt.

monatlich . . . . .	Ks 16.—
vierteljährlich . . . . .	48.—
halbjährig . . . . .	96.—
ganzzährig . . . . .	192.—



# Generaldebatte im Budgetausschuß.

## Genosse Hadenberg über den Kampf der Eisenbahner

Prag, 3. November. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses ging heute vormittag in die Beratung des Tagesordnungsvorschlages ein. Vor Einbringung in die Tagesordnung protestierte Bolten (Komm.) gegen das Verbot der Feier des zehnjährigen Bestandes der Sowjetrepublik und gegen die gestern vorgenommenen Hausdurchsuchungen der Polizei im kommunistischen Sekretariat und bei den Eisenbahnerorganisationen.

Dann gab der Generalberichterstatter Doktor Hudek in längerer Rede einen Überblick über das Budget. Nach Ablehnung eines kommunistischen Antrages auf Uebergang zur Tagesordnung wurde in die

### Generaldebatte

eingegangen, in der als erster Redner der tschechische Sozialdemokrat Remeš sprach. Er beschwerte sich namentlich über die verspätete Einbringung des Voranschlages und über verfrühtene Ueberführungen des Budgets. Dann wies er dem Finanzminister vor, daß er von Jahr zu Jahr die Finanzwirtschaft der Gemeinden mehr droffele.

Der Finanzminister reagierte auf die Vorwürfe des Abgeordneten Remeš und sagte u. a., die Regierung treffe an der verspäteten Einbringung kein Verschulden, da sie das Parlament nicht einberufe (sondern der Präsident, natürlich auf Antrag des Ministerpräsidenten).

### Genosse Hadenberg

zu Worte, der sich zunächst mit der gespannten Lage auf den Eisenbahnen beschäftigte und ausführte:

Wir erachten es als notwendig, vor allem die Aufmerksamkeit des Ausschusses auf den Kampf der Eisenbahner zu lenken, den diese jetzt um die Durchführung ihrer Forderungen führen, und gegen die Behandlung der Eisenbahner und ihrer Organisationen durch die Regierung und deren Organe zu protestieren. Schon bei der Behandlung des Gehaltsgesetzes haben wir auf eine Reihe von Bestimmungen deselben aufmerksam gemacht, die zu allen möglichen Auslegungen führen können, und insbesondere gegen jene Bestimmungen Stellung genommen, durch welche der Regierung das Recht eingeräumt wurde, manche Regelungen im Verordnungswege herbeizuführen.

Was wir befürchten haben, ist Tatsache geworden. Die Regierung hat die Durchführungsverordnung erlassen, durch welche kraßes Unrecht geschah: ganze Kategorien von Eisenbahnern wurden geschädigt.

Die Organisationen wurden nicht gehört und es ist selbstverständlich, daß unter solchen Umständen große Empörung unter der Eisenbahnerenschaft hervorgerufen worden ist. Seit Monaten bemühen sich nun die Eisenbahner um eine Änderung dieser Verordnung.

Da die Eisenbahner gesehen haben, daß der Regierung die Preisfrage über alles geht und sie eine Änderung der Verordnung nicht vornehmen will,

so haben sich natürlich die Eisenbahnerorganisationen mit der Frage beschäftigt, wie es möglich wäre, die Regierung doch zur Nachgiebigkeit zu veranlassen.

Ein solches Kampfmittel, wie es die Eisenbahner schon im alten Oesterreich angewendet haben, ist

### die passive Resistenz\*)

und die Vertreter der Eisenbahnerorganisationen haben auch mit diesem Mittel gedroht. Sie wollen nicht den Dienst verweigern, sondern bloß

### genau nach den Vorschriften arbeiten.

Diese Vorschriften beinhalten Bestimmungen nicht nur im Interesse des Personals, sondern auch der Sicherheit des Verkehrs überhaupt und des reisenden Publikums. Diese Bestimmungen wurden aber leider nicht erlassen, um die Sicherheit des Verkehrs zu verbürgen, sondern um den Unternehmer, die Bahnverwaltung, zu schützen vor der Verantwortung und vor der Verfolgung, wenn sich im Bahnverkehr ein Unfall ereignet. Und es wurde und wird gebildet, daß diese Sicherheitsbestimmungen in der Regel nicht eingehalten werden, was vielfach dazu beiträgt, daß die Sicherheit des Verkehrs sehr viel zu wünschen übrig läßt und der Bahnverkehr sehr zahlreiche Opfer fordert. Die genaue Beachtung der Verkehrsbestimmungen, die passive Resistenz, ist aber verpönt. Es wird also nicht nur die Mißachtung der Vorschriften gebührend, sondern die Androhung ihrer Beachtung führt schon zur Androhung von Gewaltmaßnahmen gegen das Bahnpersonal.

Das Wort „passive Resistenz“ ist verpönt. Von der Regierung wurde an die Zeitungen die Werbung gegeben, daß über passive Resistenz nichts geschrieben werden dürfe, sonst werde das betreffende Blatt unannäherlich konfiszieren werden. Das ist der Rechtszustand, unter dem wir jetzt leben!

Alle diese Maßnahmen der Regierung werden selbstverständlich die Eisenbahner nicht davon abhalten, so zu handeln, wie sie es für notwendig finden, und wenn die Regierung unannäherlich bleiben sollte, wird eben auch in der Tschechoslowakei das österreichische Kampfmittel der passiven Resistenz angewendet werden.

Daß damit eine schwere Schädigung der Volkswirtschaft verbunden ist, daß die Stationen verstoßen werden, ist selbstverständlich, aber das ist die Absicht derjenigen, die um ihre Forderungen kämpfen, und wir drücken den kämpfenden Eisenbahner bei dieser Gelegenheit unsere Sympathie aus und versprechen ihnen, sie voll und ganz zu unterstützen!

Genosse Hadenberg bedauert dann, daß das Parlament keine Gelegenheit hat, in einer politischen Debatte zu den inneren und außenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, welcher Debatte man geflissentlich ausweicht.

Wie der Ministerpräsident, weicht eine ganze Reihe von Mitgliedern der Regierung einer Aussprache im Parlament aus.

Von Seiten der Regierungsparteien wurde anlässlich der

### Gemeindebewahren

darauf hingewiesen, daß in mehr als 5000 Gemeinden bei der Bevölkerung eine Einigung erzielt und gemeinsame Kandidatenlisten aufgegeben wurden; das Streben bei den Mehrheitsparteien ging dahin, eine Verschleierung herbeizuführen, um so es unmöglich zu machen, ein klares Bild über die Kräfte der einzelnen Parteien zu gewinnen. Deshalb kamen die gemeinsamen Wählerlisten zustande. Man hat auch darüber seiner Befriedigung Ausdruck gegeben, daß die Wahlen vor sich gegangen seien,

\*) Anmerkung für den Leser: Dieses ominöse Wort ist wie der ganze Absatz wörtlich dem stenographischen Protokoll der Sitzung entnommen und kann daher nicht dem Nachsitzen verfallen!

ohne daß es notwendig war, irgendeine „einzu-schreiten“.

Ich frage, ob das Verbot der Anbringung von Wahlplakaten, ob die Konfiskation von Plakaten überhaupt und das Verbot der Aufführung von Filmen, die Zensurierung von Wahlaufzügen nicht ein „Einschreiten“ der Regierung und deren Organe war?

Die deutsch-tschechische Regierungsmehrheit hat sich unter den besonderen Schutz des Schutzes gestellt, um eine Änderung der Stimmung in der Bevölkerung herbeizuführen,

### das alles hat aber nichts genügt

und die Regierungsparteien haben bei den Wahlen eine ziemlich schwere Niederlage erlitten. In jedem anderen Staate hätte man aus den Ergebnissen der Wahlen die entsprechenden Konsequenzen gezogen, nur bei uns nicht.

Was aber führt zum Mißtrauen der Bevölkerung gegen die Regierung und die Majorität?

Die Taten, welche die Regierungsmehrheit gesetzt hat. Der Herr Finanzminister hat seiner großen Befriedigung darüber Ausdruck verliehen, daß der Staatsvoranschlag aktiv und das Budget stabil sei.

Man muß sich fragen, auf wessen Konto die Aktivität des Staatsvoranschlages herbeigeführt und wer durch den Aufwand im Staate belastet wird?

Selbst unser Finanzminister hat in seinem Exposé darauf hingewiesen, daß die Lage der arbeitenden Bevölkerung in diesem Staate doch nicht so günstig und befriedigend sei. Er hat zugeben müssen, daß selbst dort, wo die Industrie eine gute Konjunktur durchmacht, die Arbeiter in den wenigsten Fällen eine günstige Gestaltung ihrer Lohnbezüge erzielen konnten. Ja, in manchen Gebieten ist eine empfindliche Verschlechterung der Arbeitslöhne eingetreten.

Die arbeitende Klasse hat alle Ursache, unzufrieden zu sein mit der Finanzpolitik des Staates und mit dem Voranschlag.

durch den keine Entlastung der Bevölkerung herbeigeführt wird. Wir haben keine Änderung der Verbrauchsausgaben und es ist auch eine Stabilität der hohen Preise eingetreten. Das Gesetz über die Steuerreform entspricht nicht den Anforderungen, die man an eine gerechte Steuerreform stellen muß. Das Einkommensteuergesetz hat für die Arbeiterschaft viele harte und unerträgliche Bestimmungen.

Der Herr Finanzminister sagt zwar, daß eine Entlastung im Staatshaushalte dadurch herbeigeführt werden soll, daß man unproduktive Ausgaben herabsetzt. Da sollte an erster Stelle im Staatsvoranschlag wohl das Kapitel für Landesverteidigung stehen.

Wir finden aber im Budget wieder 1400 Millionen K Ausgaben für den Militarismus; es wurde eine Stabilisierung des Militäraufwandes herbeigeführt.

Wo will also die Regierung sparen?

Was die Wiedereinführung des Schulgeldes betrifft, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß es nicht zwei Kategorien Schüler geben darf.

Darum muß das Schulgeld beseitigt bleiben und die Lehrmittel allen Kindern unentgeltlich verabfolgt werden.

Unser Schulprogramm ist die Schulautonomie, d. h. es soll jede Nation ihren Schulaufwand selbst tragen. Solange wir keine Schulautonomie haben, muß der Staat die Kosten der Schule tragen.

Wenn man von einer

### „Mikrowirtschaft in den Gemeinden“

spricht, so geben wir zu bedenken, daß seit 1923 die bürgerlichen Parteien in den meisten Gemeinden die Mehrheit hatten. Man kann daher nur diese Parteien und nicht die sozialistischen für die Mik-

wirtschaft in den Gemeinden verantwortlich machen. Auf dem Gebiete der

### sozialen Fürsorge

kommt man zu einer großen Ziffer und prahlt damit, weil man unrichtigerweise die Pensionen dazu rechnet. Wir müssen feststellen, daß auf diesem Gebiete noch ganz Hervorragendes zu leisten ist. Mit 20 Millionen für die Arbeitslosenfürsorge kann man gar nichts anfangen. Die Arbeiter verlangen die

### Beseitigung des Genter Systems

und die Ausgestaltung der Arbeitslosenfürsorge durch staatliche Unterstützung. Die Kriegsschädigtenfrage und die Frage der Altpensionisten ist ebenfalls nicht gelöst. Die Angliederung der Bruderladen an die Sozialversicherung wäre eine schwere Schädigung der Vergarbeiter; man muß die Sanierung der Bruderladen mit den Mitteln des Staates herbeiführen. In einem argen Mißverhältnis stehen die Verbrauchsabgaben zu den indirekten Abgaben. Produktion und Export müssen durch eine entsprechende Steuerpolitik gehoben werden. Die sogenannten Handelssteuern sind nicht nur schädigend für die Produktion und den Export, sondern kommen auch vielfach als Verbrauchsabgaben in Betracht, insbesondere die Umsatzsteuer, Kohlenabgabe und Transportabgabe. Wenn sieben Achtel des Budgets durch Abgaben gedeckt sind, so ist diese Belastung der Bevölkerung ungeheuerlich. Es ist also notwendig, endlich eine Entlastung der Bevölkerung herbeizuführen, welche nur erzielt werden kann, wenn eine entsprechende Droffellung der unproduktiven Ausgaben des Staates gemacht wird.

So kommen wir zu dem Schlusse: Wenn man den Lebensstandard der Arbeiterschaft in den Nachbarstaaten betrachtet, so hat die Arbeiterschaft in diesem Staate keine Ursache, zufrieden zu sein. Wenn der Finanzminister den Satz aufstellt: Arbeiten und Sparen, so gilt für die Arbeiter in diesem Staate nur der Satz: Arbeiten und Weiterhungern!

Nächster Redner war der Bundbündler Windisch, der erklärte, die Stellung seiner Partei sei dadurch gegeben, daß einer der Parteiabgeordneten in der Regierung sitze. Sie hätten keine Veranlassung, der jetzigen innenpolitischen Richtung untreu zu werden. In nationaler Beziehung ringe seine Partei allerdings immer noch um die „gebührende Anerkennung“. Den unerschütterlichen Deutschen gegenüber, die den neuen Zustand noch immer ablehnen, müsse darauf verwiesen werden, daß ein Deutschland, das alle seine Kinder unter seinen Fittichen vereinigte, noch nicht bestanden hat. Immer habe es Deutsche gegeben, die außerhalb der Grenzen Deutschlands in anderen Staaten leben mußten und die hier durch ihre gewissenhafte Pflichterfüllung nicht die schlechtesten Staatsbürger waren. Auch den Aktivisten siehe die angeborene Pflichterfüllung viel zu tief, als daß sie ihr entgegengesetzt handeln könnten. Diese Einstellung werde sie vorwärts bringen.

Nach den Reden des tschechischen Sozialdemokraten Svoboda und des Kommunisten Chlouba wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Legionärkongreß. Dieser Tage fand in Prag der Kongreß der Legionargemeinde statt, auf welchem unter anderem Minister Benes, Senator Kofas und Abgeordneter Tomesek Reden hielten. Der Kongreß befaßte sich hauptsächlich mit organisatorischen Fragen und den sozialen Problemen der Mitglieder. In politischer Beziehung wurde eine Resolution angenommen, in der an der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Parteien bestgehalten wird.

# Der falsche Prinz.

## Leben und Abenteuer.

Von Harry Tomela.

Ich besuche keine Kirche mehr, daher galt ich bei der Herrschaft als Ketzer. Und ganz allmählich verlor ich in Dreck und Sped, sah nur noch grau in grau; ich stand morgens auf mit der Gewandtheit eines Uhrwerkes, arbeitete bis Mittag, sah, arbeitete und fiel abends wie ein Sack ins Bett. Eine tödliche Gleichgültigkeit gegen alles lag über mich. Mochte doch aus mir werden, was da wollte; zu hoffen hatte ich für immer hier aufgehört. Als der Gutsherr sich nach Wochen herbeiließ, mir monatlich fünfzehn Papiermark Lohn zu geben (eine Goldmark), machte es gar keinen Eindruck auf mich.

Da kam ein Telegramm! Ich hatte mich sofort in einer Kaserne in Neuruppin zu melden. Dort traf ich mit mehreren hundert Kameraden aus dem Baltikum zusammen. In Berlin war der Rapp-Bußch ausgebrochen; eine neue Regierung hatte sich gebildet. Bevor wir recht eingekleidet waren, wurde abgelassen. Wir erübten nicht einmal, warum wir nach Neuruppin überufen worden waren.

Sollte ich nun wieder nach S. zurück? Mir graute davor. Nie mehr in solch niederdrückende Verhältnisse! Ich meldete mich zur Reichswehr, die damals zur Niederschlagung von Arbeiterunruhen im Ruhrgebiet eingesetzt werden sollte. Da Rot an Mann war, wurde ich angenommen. Nun war ich wieder mitten im Sozialleben! In Westfalen öffnete sich mir eine neue Welt. Soest, die alte westfälische Kultur, war die erste Stadt, die in mir die Ahnung eines ganz andern Lebens erwecken sollte, eines Lebens, das so grundverschieden von dem der östlichen Welt

war. In diesem stillen, anheimelnden Städtchen erwachte in mir nach der Qual der vergangenen Wochen neue Lebenslust und frischer Lebenswille.

Wie unheimlich und vertraut hier alle Leute waren! Durch einen ungewöhnlich schönen Frühling zogen wir dann von Soest in Halbtagesmärschen und auf Umwegen in Richtung Dortmund. Nachts quartierten wir in blühenden Bauernhäusern. Ich war Meldereiter und hatte daher Gelegenheit, von der Truppe wegzustreifen und mit verwunderten Sinnen all dieses Neue in mich aufzunehmen. Wertwändig rote Felsjaden festelten meinen Blick, knallroter Sandstein, zu dem der Blütenstaub des Frühlings heraufschlug. Ich reite des öfteren auf einer Landstraße, die sich den Klamm des Höhenzuges entlangzieht, dessen ganzer Abhang mit schmurgeraden Tannen bewachsen ist, tief unter mir das Silberband eines Fließens. Abends fante ich zuweilen den Gaul noch, um in die blasse Dämmerung und die herrliche Mondnacht hineinzuzeiten, in die veränderte Stille.

Wie restlos glücklich war ich doch auf dem Rücken meines Pferdes in diesen Mainächten!

Und dann gelangten wir, immer wieder durch mittelalterlich anmutende Städtchen ziehend, nach Dortmund. Der Eindruck dieser großen Industriestadt war für mich überwältigend. Hier spürte ich in jeder Faser den Pulsschlag eines mir neuen Deutschlands. Hier lag ich am Herzen eines großen, gewaltigen Landes, von dem die Blutströme im Kreislauf wachsender Arbeit mit unerbötlichem Tempo ein- und ausgestoßen wurden. Überall qualmende Essen, überall stampfende Kräfte. Hohe, riesige Schlackenberge am Himmelsrande, Förderförde, die, von unsichtbarem Uhrwerk gerrieben, ins schwindelnde Blau daharzogen, um donnernd ihre Last in unerfährliche Mäuler hinunterzustürzen. Eine beispiellos schwingende Bewegung in allem, belebend, bezaubernd, bezwingend. Wie die Arbeit hier mit

heißem Atem alles durchloberte. . . Wie anders klang hier ihr Rhythmus, wichtig und dröhnend, wie anders schauten hier die Menschen in die Welt, als bei uns im Osten. Ja, hier war Zukunft! Je mehr ich über diesen arbeitendzitterten Boden daherging, um so mehr glaubte ich, unter meinen Füßen, lasterlos, seien gefesselte Kräfte am Werke, Jahrbünder, Jahrtausende alte Bande zu sprengen und das Geheimnis der Erde bloßzulegen.

Und ich — kaum sechzehn Jahre alt —, ich hatte das Glück, in dieser Welt wichtig freisender Mäder und phantastisch schwingender Kräfte einbezogen, in bester Komtur, mit kräftigen Stiefeln, mit Geld in der Tasche und mit Frohstimm im Herzen. Zum erstenmal besuchte ich ein Theater. Der „Rosenkavalier“ mit seinen bestrahlenden Bühnenbildern, seiner entzückenden Hofkostimmung und seinen kultivierten Menschen, die „Fledermaus“ mit dem ledigen Prinzen Orlovski und seinem lebenslustigen Völkchen, „Carmen“, die Oper voll Blut und Abenteuer, sie alle machten mich die Vergangenheit vergessen und ließen vor meinem Auge das Bild eines Lebens entstehen, das viel zu herrlich war, als daß es hätte wahr sein können. Damals jedoch malte ich mir zuweilen aus, wie schön es wäre, einmal in der Welt eines Prinzen Orlovski zu Hause zu sein.

Da unser Regiment als eines der letzten auf dem Schauplatz der Kämpfe im Ruhrgebiet angelangt war, machte ich nur Nachgesehe mit, die uns bis nach Essen führten. Dann wurden wir wieder nach Berlin befördert, und hier wurde ich, als zu jung, aus der Reichswehr entlassen! Mir blutete das Herz. Nie hat wohl ein Junge mehr am Soldatenleben gegangen als ich. Für mich und manchen andern bedeutete es wahrhaftig in diesen Jahren ein Unglück, nicht Soldat sein zu können.

Nun kam für mich wieder eine trostlose Zeit.

Zur Landwirtschaft zurückzugehen, sträubte sich alles in mir. Nach den herrlichen Wochen im Ruhrgebiet wäre es mir schier unmöglich gewesen. Auf der Straße konnte ich nicht leben; daher suchte ich in einem Flüchtlingsheim oben im Norden Berlins Aufnahme. Hier trat mir das graue Elend der Flüchtlings, jener Armen, die alles verloren hatten, mit stieren Augen entgegen. Als ich in den großen Versammlungsraum eintrat, schlug mir eine solche Welle von üblen Ausdünstungen und stinkendem Schmutz entgegen, daß ich mich vor Ekel schüttelte. Da saßen sie zusammen, entweder teilnahmslos in die Weite blickend, als ob sie fernes Land vor sich sähen, oder in sich gefehrt, auf die Stimmen laufend, die aus der Vergangenheit an ihr Ohr schlugen. Alle hatten denselben mühsamen Eindruck. Ein niederdrückendes Bild! Deutsche Kolonisten von der Wolga, stumpf und verbauert, geflüchtete Russen aus allen Gegenden des großen Landes, verbannete Letten und geächtete Balten, Herumtreiber und Bettler, sie hausten hier und warteten auf etwas, was gar nicht kommen konnte. Ihre Kräfte, ihre Glieder, ihre Gedanken, ihre Willen waren gelähmt; mait und schlapp brüteten sie dahin. Bald verfiel ich selbst dieser maßlos drückenden und erschöpfenden Atmosphäre. Zuerst wollte ich gegen das Essen, welches es hier gab, aufbegehren. Nie wieder habe ich solchen Fraß zu kosten bekommen. Doch der Hunger und die Notlosigkeit, die mir aus zahllosen Augen entgegenstarrten, überwandten rasch meinen Widerstand. Ich ergab mich in alles. In den ersten Wochen sah ich manchmal tagelang untätig und verbissen herum; ich vegetierte mit den andern nur so dahin. Da das Heim oben hoch im Norden Berlins lag, war es für mich nicht leicht, irgendwo Arbeit zu finden. Zu den Wahlzeiten mußte ich pünktlich zurück sein, sonst bekam ich nichts.

(Fortsetzung folgt.)







# Tages-Neuigkeiten.

## Gefang der Kulis im Hafen.

Rachdichtung aus dem Chinesischen von Kurt Kläber.

Heie Bruder! Topfzer Träger!  
Sag, was trägt du da für Lasten!  
Schleppt sie mühsam aus den Schiffen!  
Schleppt sie mühsam aus dem Hafen!

Heie Bruder! Jimt vom Süden!  
Zuch vom Norden! Holz vom Osten!  
Lanter gute, schwere Lasten!  
Ja, die trag ich aus dem Hafen!

Heie Bruder! Topfzer Träger!  
Und zu wem trägt du die Lasten?  
Trägt du sie zu To, dem Nachbar?  
Trägt du sie zu deinem Weibe?

Zu den Krämer! zu den Reichen!  
Trag ich diese schweren Lasten!  
Trag sie aus den großen Schiffen!  
Trag sie bis zu meinem Tode!

Heie Bruder! Topfzer Träger!  
Zu den Krämer! zu den Reichen?  
Und der Nachbar leidet Hunger!  
Und das Weib und auch die Kinder!

Heie Bruder! Ja, ich weiß es!  
Einmal, wenn die Fahnen wehen,  
Anstere roten, hellen Fahnen,  
werd' ich sie nach Hause tragen!

Trag ich sie zu To dem Nachbar!  
Trag ich sie zu meinem Weibe!  
zu dem Kind und zu dem Vater!  
Bruder! wenn die Fahnen wehen!

## Ein Schuß gegen das Auto des Kriegsministers.

Ein Prager Blatt brachte gestern die Meldung, daß auf das Dienstauto des Nationalverteidigungsministers, in dem seine Frau saß, am Freitag in der vorigen Woche auf der Fahrt von Karlsbad nach Prag in der Nähe der Duffschaf Petroschrad ein Anschlag verübt wurde. Bei der Fahrt durch ein Wäldchen in der Dämmerung sprang ein Mann aus dem Straßengraben und gab aus einem Jagdgewehr ein Schuß gegen das Auto ab. Die Ladung (gebildetes Blei) durchdrang die Glascheibe des Autos, ohne daß Frau Udrzal oder der Chauffeur verletzt wurden. Der Angreifer floh, als das Auto hielt.

An der Tatsache des Ueberfalles braucht wohl nicht gezweifelt zu werden, da die Prager „Abendzeitung“ die Ansicht des Nationalverteidigungsministers wiedergibt, nach der es sich bei diesem Anschlag nicht um ein politisches Attentat, sondern um einen gewöhnlichen Verabredungsversuch gehandelt habe. Damit ist jedenfalls gegeben, daß dieser Anschlag verübt wurde und es ist nur höchst sonderbar, daß über diesen Anschlag, der schon vor einer Woche stattfand, das Nationalverteidigungsministerium selber offiziell nichts verlauten ließ und daß man die ganze Geschichte erst auf Umwegen erfährt. Welche Gründe hat man bei der Polizei oder im Nationalverteidigungsministerium, diesen doch nicht ganz unbedeutenden Fall zu verheimlichen?

Bei dieser Gelegenheit kann eine Bemerkung nicht unterdrückt werden, zu der das fatale Erlebnis der Frau Kriegsminister Udrzal Anlaß gibt. Wieso kommt es nämlich, fragen wir, daß Frau Udrzal das Dienstauto ihres Gatten zu Sprichfahrten von Karlsbad nach Prag benutzen kann? Man denke daran, daß wir in der Tschechoslowakei 14 Minister haben und man stelle sich vor, daß die Gattinnen und etwa auch Töchter und sonstigen Verwandten dieser Herren Minister die Staatsautos, die doch nur zu Dienstfahrten da sind, dazu benutzen, um Sonntag und vielleicht auch wochentags teure Vergnügungsfahrten zu unternehmen! Solche Zustände wirken uns so aufreißender in einer Zeit, da man aus dem Arbeiter jeden Heller schindet, da der Arbeiter und Angestellte sogar von seinem Krankengeld Steuer zahlen muß, um den angeblich notleidenden Staat auch sein Zehrfleisch zu entrichten. Man spare dort, wo es am Platze und anständig ist.

## Verkehrsunfall bei Brünn.

Brünn, 3. November. Ein Autobus, der dem Johann Kozopal aus Horakow gehörte, fuhr heute früh in der Richtung gegen Brünn. An der sogenannten „Pindulla“, der bekannten für Automobile verhängnisvollen Krümmung auf der nach Linitz führenden Straße geriet das Auto plötzlich ins Schleudern und stürzte um. Das Auto wurde vollkommen zertrümmert. Die sofort verständigte Rettungstation in Brünn entsandte an die Unfallstelle zwei Sanitätsautos, die sich der verunglückten Passagiere annahmen. Die Verletzten wurden auf die Brünnener Klinik gebracht, wo ihnen sofortige Hilfe zuteil wurde. Schwerere Verletzungen erhielten insgesamt dreizehn Reisende, darunter auch der Besitzer des Autos, und der Chauffeur, welcher tödlich verletzt wurde. Die übrigen sieben Personen blieben unverletzt.

## Gärtisches, Unzulässiges.

Hinterperton der Strahenbahn.  
Nährgräbe: Ein Leipziger Sachse und ich.  
Die Strahenbahn bremst plötzlich; es gibt einen Ruck und ich fliege zur Seite und dabei

# Hohe Profite - niedrige Löhne.

Zugewinnlich haben wir in der Tschechoslowakei eine gute Konjunktur — nämlich für die Unternehmer. Die Fabriken sind beschäftigt, die Ausfuhr steigt, kurz den Kapitalisten geht es gut. Einen Beweis dafür liefert die Zusammenstellung

	Reinertrag		An Dividenden	
	Kö	%	Kö	%
	1925	1926	1925	1926
Stobawerke	35.570.000	39.575.589	13,5	16
Battawerke	24.535.618	31.806.618	23	25
Kolben	11.201.000	20.933.205	50	?
Boldhütte	10.142.000	20.140.774	6	7
Zement-Königinhof	10.142.000	12.823.118	10	50
Prager Eisenwerke	5.983.000	6.962.826	7	8
Zinnbanka	4.312.000	10.922.474	12	12
Böhmische Industriebank	20.196.000	20.260.000	5	?
Böhmische Union-Bank	33.501.000	30.062.000	12	10
Anglo-österreichische	17.455.621	20.235.056	—	—
Böhmische Eskompte-Bank	31.139.000	31.080.914	12	10

Run wird man einwenden, daß es ja auch der Arbeiterchaft gut geht, wenn die Unternehmungen gut beschäftigt sind. Mag sein, daß es jetzt weniger Arbeitslose gibt als früher. Wie verhält sich aber mit den Löhnen der beschäftigten Arbeiter? Darüber gibt eine Aufstellung der Unfallversicherungsanstalt für Böhmen Aufklärung:

Jahr	Anzahl d. Arbeiter	Gesamtlohn
1921	720.122	6.908.007.597 Kö
1922	680.303	6.379.499.545 Kö

wird mein rechter Fuß auf den Linken des anderen Jahrtausends geschleudert.

„Au, mei Sieneroch!“ schreit der.  
Ja: „Verzeihung!“

Der andere beginnt: „Au, das gann cha mal bassieren. Da gannste gar nicht mochen, wennde nämlich die Schraffendahn so hubbt. Wissenste, ich will cha gar nicht saachen, wenn sich nämlich heite bereits der Dritte, derde mich uff de Sienerochden dredu dud. Da entschuldichst mer sich aber als gebildeter Mann, und dadmit hat sich's. Aber wissenste, da hab's mich aber oben gearthert. Da war der so'n alter Herr, er sah ganz anständig aus, und der dridd mich doch Gattowerdinnich uff de Sienerochden, daß's der de Engel in'n Himmel seifen heere. Und dann saacht der Neez nicht equal was, sondern stöhnt aus. . . . Ke, wissenste, mir is schon allerhand bassier in mein' Löben, aber sowas denn vreichst doch noch nicht. Der hat aber Blick gehabb, daß'r ausgegessich is! Ja, launste saachen, ich bin ruhiger Beamter, aber was zwiel is, is zwiel. Wenn der nicht ausgegessichden war' aber dann härt'ich der vreichst eine runtergehauch! Trotzdem daß er e alter Herr war und ganz anständig aussieh dud. Der gonn doch wenigstens ee Word saachen, dann war'ch'm gar nicht so boese gewesen. Aber dar Neezel schreicht aus und saacht nicht. . . . Sie stuu cha e ausgeschändcher Mensch, das merkt mer gleich; Sie haben sich wenigstens entschuldigt. Uff der Schraffendahn heitzudage gann se sowas cha vorgommen. Wissenste, da stöhnt mer doch neulich einer pranz'ch Haltestellen lang egal uff'm Fuß, immer uff'm gleichen Sieneroch. Au, ich denk, ob denn der das nicht bolde von selber merkt? And'r ceundwan'ch'm Haltestelle — ich hab se genau gezählt — is'r abgeseicheten. Da hab'ch gesaacht zu'm: Ru schichn Ze schon pranz'ch Haltestellen lang egal uff'm Sieneroch! Wissenste, was'r gesaacht habb: Ru, saacht er, daß hänt'iche mir doch gleich saachen gemmen, daß das Ihre Sienerochden waren, ich dachte, die gehertene jemanden anderch; hab'n den das nicht eher gemerkt? Wissenste, der hat aber wenigstens noch was gesaacht, aber so'n Efel schreicht ab und entschuldichst sich nicht einmal. . . . ich meene, das gann cha alles einmal bossieren, wenn'm uff der Vlegdrischen. . . .“

Städticherweise kam meine Haltestelle und ich rettete mich durch fluchtartiges Abspringen. Ich liebe die Zachsen; aber man kann Sacharin nicht in Judermürselform genießen. Was ein echter Zachs ist, der benimmt sich von Natur aus genau so wie in Dispreußen am Variete die sächsischen Komiker.

(Homo, in der „Leipziger Volkszeitung“.)

**Gajdas Doktordiplom.** Gajda hatte gegen die „Lidové Noviny“ eine Klage eingebracht, da das Blatt die Frage, wie der Herr Generalstabchef zu seiner Doktorwürde gelangte, einer unangenehm peinlichen Unterfuchung unterworfen hatte. Bei der Verhandlung vor dem Brünnener Schöffengericht machte nun der Vertreter des beklagten Blattes geltend, daß die Klage verspätet überreicht wurde, so daß Gajdas Anwalt die Klage sofort zurücknehmen mußte. Ueber den verantwortlichen Redakteur wurde dann ein formaler Freispruch gefällt.

**Ein gefährlicher Einbrecher verhaftet.** In dem Brünnener Vorort Kennowitz wurde der 33-jährige Franz Myska aus der Gegend von Humpolek festgenommen, der im Juni dieses Jahres aus dem Gefängnis in Leimern ausbrach. Seitdem hat sich Myska in Böhmen und Mähren herumgetrieben und in der Brünnener Umgebung an die 10 Einbrüche verübt.

**Die Folgen des Gemeinde-Finanzgesetzes.** Unter diesem Titel bringt die „Zubetendeutsche Tageszeitung“ folgende Nachricht (die übrigens in eine lange Kette ähnlicher Tatsachen gehört): Im Gemeindeveranschlag von Seefeld in Bezirke Komolau betragen die Einnahmen 389.000,06 K, das Erfordernis 2.211.368,80 K, der unbedeckte Abgang somit 1.822.359,74 K. Derselbe wäre

des Reinertrages beziehungsweise der Dividenden von 15 Aktiengesellschaften, teils Industrieunternehmungen, teils Banken, welche wir dem Jahresbericht der tschechoslowakischen Gewerkschaftskommission entnehmen:

	Reinertrag		An Dividenden	
	Kö	%	Kö	%
	1925	1926	1925	1926
Stobawerke	35.570.000	39.575.589	13,5	16
Battawerke	24.535.618	31.806.618	23	25
Kolben	11.201.000	20.933.205	50	?
Boldhütte	10.142.000	20.140.774	6	7
Zement-Königinhof	10.142.000	12.823.118	10	50
Prager Eisenwerke	5.983.000	6.962.826	7	8
Zinnbanka	4.312.000	10.922.474	12	12
Böhmische Industriebank	20.196.000	20.260.000	5	?
Böhmische Union-Bank	33.501.000	30.062.000	12	10
Anglo-österreichische	17.455.621	20.235.056	—	—
Böhmische Eskompte-Bank	31.139.000	31.080.914	12	10

Jahr Anzahl d. Arbeiter Gesamtlohn  
1923 670.996 5.576.114.520 Kö  
1924 817.392 6.618.392.469 Kö

Danach betrug also der Durchschnittslohn in Böhmen im Jahre 1921 9600 Kö im Jahre 1924 jedoch nur 8100 Kö,

erreicht also nicht einmal das Existenzminimum in dem vom Bürgerblock geschaffenen Steuergehe. Man erkennt daraus, daß die Lebenshaltung der Arbeiterchaft auf ein Niveau angelangt ist, das einfach unerträglich ist!

durch 200 Prozent Umlagen mit rund 640.000 K Entragnis zu decken; 1.182.359,74 K sollen aus dem Dotationsfonde gedeckt werden, beziehungsweise beansprucht werden!

**Der bekannte tschechische Schriftsteller und Publizist A. W. Capet-Chod,** der ausfichtlich des 28. Stobers einen Staatspreis für Literatur erhalten hatte, ist gestern abends im Alter von 67 Jahren nach einer schweren Operation an Herzschwäche gestorben.

**Ein mißglückter Entführungversuch** ereignete sich am Montag in Olmütz. Am helllichten Vormittag wurde die 17jährige Studentin Tokoupil von einem elegant gekleideten Herrn angesprochen, der sie zu einer Kraftwagenfahrt einlad. Trotzdem das Mädchen entschieden ablehnte, wich der Fremde nicht. Blödsinnig ergriff der Mann die Hand der Studentin. Im gleichen Augenblick tauchte auf der anderen Seite ein anderer Mann auf, der das Mädchen um die Taille faßte. Beide versuchten nun, die Tokoupil rasch in einen schwarzen, vollständig gedeckten Kraftwagen zu zerren. Die Studentin erkannte die Gefahr, rief laut um Hilfe u. versuchte mit aller Gewalt, sich aus den Händen der beiden Fremden zu befreien. Als die Vorübergehenden aufmerksam wurden, sprangen die beiden Männer rasch in den Kraftwagen, in dem außer dem Lenker noch ein dritter junger Mann saß, und fuhren mit großer Geschwindigkeit davon. Die Nummer des Kraftwagens konnte nicht ermittelt werden. Trotz sofortigen Nachforschungen ist es der Polizei bisher nicht gelungen, die beiden Angreifer auszuforschen.

**Aus einer konfessionellen Schule.** In Belgard in Nordfrankreich besteht eine konfessionelle Schule. In der geistliche Lehrer streng sittlich-religiösen Unterricht erteilen Diese Schule gibt dem Schwurgericht tüchtig zu schaffen. Seine erste Verhandlung in der neuen Session galt dem 25-jährigen Diakon Pierre Marie Mollais, der an der Schule zum heiligen Bernhard unterrichtete. Er war eines Sittlichkeitsattentates auf einen seiner Schüler angeklagt. Nach geheimer Verhandlung wurde er zu achtzehn Monaten Kerker verurteilt. In der zweiten Verhandlung kam der Direktor der Schule, der 24jährige Abbe Etienne Lescoat, an die Reihe. Ihm waren mehrere Schulkinder zum Opfer gefallen. Nachdem fünfzehn Zeugen einvernommen worden waren, sprach das Gericht den Abbe der Minderjährigkeit schuldig. Er wurde zu sechs Jahren Kerker verurteilt.

**Die Einwohner eines ganzen Dorfes dachshloppieren.** Vor einigen Monaten erregte die Ermordung eines 20jährigen Mädchens unweit des Dorfes Blowitz in der Nähe von Bissen großes Aufsehen. Man fand den Leichnam des Mädchens verstreut auf der Kopf war fast vom Rumpfe abgetrennt. Der Verdacht richtete sich gegen eine Reihe von Burschen des Dorfes, da bekannt war, daß das Mädchen allerlei Liebchaften hatte. Nun hat die Gendarmerie die gesamte Bewohnerchaft des Dorfes und der Umgebung, über 300 Personen, dachshloppiert. Diese kriminalistische Prozedur ergab aber kein Resultat, so daß die Gendarmerie annimmt, daß der Mörder aus der Fremde stammt.

**Wassermangel und Mäuseplage in Südmähren.** Die langandauernde Trockenheit in ganz Südmähren hatte in vielen Gemeinden einen bedeutenden Wassermangel zur Folge. Viele Brunnen geben überhaupt kein Wasser mehr. Hand in Hand mit der Trockenheit geht das Ueberhandnehmen der Feldmäuseplage. Der angebaute Samen von Weizen und Korn wird größtenteils ein Opfer der Mäuse oder in deren Löcher als Winternahrung verschleppt. Beim Acker stößt man oft auf Mäusehöhlen mit vielen Jungen und einem ansehnlichen Fruchtvorrat. Die Landwirtschaft erhofft sich von baldigen ausgiebigen Niederschlägen oder dem Eintreten von Frost eine Wilderung der Mäuseplage, die der künftigen Ernte gefährlich werden könnte.

# Weißer Terror auch in Serbien.

Siguranza-Methoden der Belgrader Polizei. — Der Fall Vujovic. — Und das sind die „hohen Verbündeten“ unserer Regierung!

Auf dem Balkan, der seit Versailles ja sehr nahe bei Wien und Brünn beginnt, ist wieder einmal die weiße Hölle los. In Budapest der Skandal des Szanto-Prozesses, der so ungeheuerliche Neuigkeiten über die Methoden der Dorchypolizei aus Tageslicht bringt, in Bulgarien wütet der Penker und auch in Serbien, wo die Verhältnisse im Vergleich mit den Nachbarstaaten immer noch „europäischer“ waren, hat ein Polizeifurs eingesetzt, der bald den Standard der rumänischen Siguranza erreichen wird.

Im August hat die Belgrader Polizei den Mediziner Radimir Vujovic verhaftet, aus keinem anderen Grunde, als weil Vujovic Kommunist ist. Seiner Gefinnung halber wurde er eingekerkert und von der Polizei un-menschlich verprügelt. Wir haben damals den Brief zum Abdruck gebracht, den die Gattin Vujovics verbreitete und der eine Darstellung des Skandalösen Falles gab. Zeit der Zeit seiner Einkerkelung hat Vujovic zehn Tage im Hungerstreik und sechs Tage auch im Durststreik gelegen, um gegen die brutalen Methoden der Belgrader Polizei zu protestieren, die kürzlich auch eine Reihe jugendlicher Arbeiter verhaftet und furchtbar mishandelt hat. Die Polizei unserer Belgrader hohen Bundesgenossen hat aber gegen Hungerstreikende ein besonderes Mittel parat. Man hat vor kurzem erst im Belgrader Polizeigebäude zwölf Betonzellen eigens für politische Gefangene eingebaut, Folterzellen, dazu bestimmt, die Gefangenen zu Tode zu quälen. Diese Zellen sind nicht nur naß, sondern das Wasser sicut in ihnen, so daß kein Mensch längere Zeit in ihnen existieren kann. Vujovic, dessen Verhaftung die Belgrader Polizei zunächst überhaupt abgelehnt hatte, um ihn desto ungestörter „verschwinden“ zu lassen, wurde in eine solche Betonzelle gebracht. Erst nach drei Tagen erhielt er einen Mangel, der aber in wenigen Stunden durchweicht war. Ein Bad natürlich nasses Zeitungspapier dient dem Gefangenen als Kopfkissen. Vujovic ist in der eisalten, nassen Folterzelle erkrankt und kann vor Heiserkeit kaum sprechen.

Hat man den Barbareien der rumänischen Siguranza gegenüber schon lange jede Hoffnung aufgegeben, daß ihre Anprangerung Abhilfe schaffen könnte, so muß man doch — zur Ehre Südländern sei es gesagt — bei diesem halbwegs zivilisierten Gemeinwesen noch hoffen, daß die Methoden, die im Falle Vujovic und in anderen angewandt wurden, Symptome des erstarkenden Faschismus, aber keine zum Bilde des Staates gehörende Bräuche sind, und daß der Appell ausländischer Kreise, die Brandmarkung der Siguranza-Methoden der Belgrader Polizei, die Opfer retten kann. Allerdings müßten jene Kreise des Auslandes, die sich so gerne ihrer Humanität und Gerechtigkeitsliebe rühmen, den Mut finden, gegen den weißen Terror in SZS aufzutreten. Wenn man von unserer Außenminister schon nicht erreichen kann, daß er si über Bundesgenossen in Bulgareit und Belgrad schämt und endlich Anschluß an Kulturstaaten sucht, dann sollte er, dessen Memoiren von der reissenden Anpreisung seiner humanen Ideale strotzen, doch wenigstens bei seinen Bundesgenossen in besonders trassen Fällen intervenieren. Eine Intervention Beness oder des Präsidenten der Republik, an den man doch nicht erst zu appellieren braucht, um seines Mitgeföhls, wenn auch leider nicht immer seines tätigen Eingreifens sicher zu sein, könnte, wenn nicht in Rumänien, so doch in Serbien die schlimmsten Auswüchse des weißen Terrors ohne Zweifel beseitigen.

**Tote können sich nicht wehren.** Am Sonntag wird in Budapest unter großen Feierlichkeiten ein Denkmal Ludwig Kossuths enthüllt werden. Graf Stephan Bethlen und Admiral Horthy schiden sich also an, den großen Freiheitskämpfer, den Bauernbefreier, den Todfeind der Habsburger, zu feiern. Nachdem sie alle jene, die für Kossuths Gedanken stritten, die sie unserer vorwärtsstürmenden Zeit anpassen wollten, ja selbst jene, die für sie in ihrer ursprünglichen, heute ein wenig verrosteten Form kämpften, in das Gefängnis warfen, ins Exil jagten, aus dem politischen Leben vertrieben, werden sie Ludwig Kossuth feiern. Um die Schmach vollzumachen, luden sie zu dieser Schändung eines in seiner Zeit großen Mannes, auch ausländische Gäste ein, und unter denen, die an diesem Tage nach Budapest kommen sollen, befindet sich ein Unterstaatssekretär Mussolinis. Es gibt heute unter Ungarn Söhnen einen Mann, der in der Phantasie des ungarischen Volkes die Stelle einnimmt, die Ludwig Kossuth seinerzeit mit Recht innehatte: Michael Karolyi. Als er, Emigrant wie einst Kossuth, in Italien ein Asyl suchte, legten die Fasisten von Florenz ihm, seiner Frau, seinen kleinen Kindern Fesseln an und schoben ihn unter Mißhandlungen, Beschimpfungen und Bedrohungen an die Grenze ab. Am kommenden Sonntag aber werden die Nordbrünnler aus Italien und Ungarn das Denkmal Kossuths enthüllen, geschwollene Reden halten, die Traditionen des italienischen und ungarischen Freiheitskampfes herausbeschwören: wohl, Ludwig Kossuth, daß er nur noch Geschichte, Bronze und Stein, und nicht lebendig ist, denn sonst müßte heute er in den Kerker der Männer verfallen, die die eiserne Stirn haben, ihn zu feiern und zugleich seine Ideen mit Feuer und Schwert zu bekämpfen!



Verhaftung einer Mädchenhändlerin. Aus Neuzera wird gemeldet: Die Polizei verhaftete die 29jährige S. J. wegen Mädchenhandels. Die Verhaftete, deren Namen im Interesse der Untersuchung geheim gehalten wird, hat eine Reihe von Mädchen im Kindesalter bis zu 15 Jahren zu sich genommen und dem Vater zugeführt. Die Erkennung eines Mädchens hat die Umtriebe der gewissenlosen Frauensperson aufgedeckt und zu ihrer Verhaftung geführt.

Auch der Papst gegen die gesunde Frauenkleidung. Aus Verona meldet die amtliche faschistische Agentur: Auf das Telegramm, das der nationale Ausschuss für die Korrektheit der Mode — welcher ein Ausschuss! — an den Papst abgefordert hatte, ließ dieser durch den Kardinal-Staatssekretär Gasparri dem Ausschuss eine Antwort zugehen, in der er seine Befriedigung über den Feldzug gegen die unmoralische Mode ausdrückt und den nationalen Ausschuss für dieses Werk der Bescheidenheit in den Gebräuchen und für die Verteidigung der christlichen Prinzipien lobt. — Die „christlichen Prinzipien“ sind bekanntlich, daß keine Lust zudarf...

Das Spiel mit Streichhölzern. Der gewaltige Speicherbrand in Landes hut, bei dem 12.000 Zentner Flachs vernichtet wurden, ist auf zwei Knaben, Zwillinge im Alter von sieben Jahren und Zöhne des Wächters, zurückzuführen, die mit Zündhölzern gespielt hatten.

Zusammenstoß zwischen Flugzeug und D-Zug. In den Vereinigten Staaten, in der Nähe von Newmarket, ist der Flieger Hobson mit seinem Flugzeug gegen die Lokomotive eines D-Zuges gerannt. Der Apparat ging in Trümmer, der Flieger kam überausfaherlos ohne schwerere Verletzungen davon. Er hatte sich im Nebel verirrt und war, um sich zu orientieren, tief herabgegangen. Dabei streifte er auf einem Höhenzug die Lokomotive mit einem Flügel. Der Lokomotivführer brachte den Zug zum Stehen und fand den Flieger bewußtlos in einem Sumpfgelände neben seinem zerstörten Flugzeug.

Zur Frage des Schulbeginns. Montag, den 7. November, im Karolinum, Vorlaal V, 7 1/2 Uhr abends, Elternabend der Deutschen Volksschule für städtische Erziehung mit Referat Dr. Arthur Bloch über: Beginn und Dauer des Unterrichts in der Großstadt — anschließend Besprechung. Eltern, Lehrer, und Ärzte werden eingeladen, vom gesundheitlichen und pädagogischen Gesichtspunkt aus zur Frage Stellung zu nehmen. Eintritt frei. Allgemein zugänglich.

### Boltswirtschaft.

#### Zusammenschluß in der Angestelltenbewegung.

Am Sonntag, den 30. Oktober d. J., traten in Aulzig die Verbandsvorstände des Allgemeinen Industrieangestellten-Verbandes, des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie Handel und Verkehr, des Teplitz-Schönauer Zusammenums auf Grund der von den Verbandsorganen beider Verbände gefassten Beschlüsse über die Durchführung des Zusammenschlusses der beiden Verbände die Schlußberatung abzuhalten. Dem Vorsitz führte der Vertreter der Zentralangestelltenkommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Sig. Reichenberg, Franz Wacoun. Nach Entgegennahme der Berichte über die auf Grund der Verbandsratsbeschlüsse getroffenen Vorbereitungen stimmte die Konferenz einstimmig den Anträgen der beiden Berichterstatter (Florian Bergmann, Reichenberg, vom Allg. Industrieangestellten-Verbande und Franz Kirchhof, Reichenberg, vom Zentralverbande der Angestellten) zu und genehmigte einhellig die zur

Beratung gestellten Richtlinien für die praktische Durchführung der Vereinigung der beiden Organisationen. Durch diese einstimmige Beschlüßfassung und die damit in die Wege geleitete Zusammenführung der beiden Verbände wird in Bälde eine einheitliche Organisation der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr geschaffen, die als die stärkste freigewerkschaftliche Organisation der deutschen Angestellten in der Tschechoslowakischen Republik in ihren Einrichtungen und Leistungen bestmöglichst ausgebaut und in jeder Beziehung der leistungsfähigste Verband der Angestellten in der Tschechoslowakei sein wird. Die Konferenz beschloß weiters auch, den wichtigen Beschluß, der als ein Meilenstein in der Entwicklungsgeschichte der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung bezeichnet werden muß, der Mitgliedschaft der beiden Verbände sowie der gesamten Angestelltenchaft durch einen Aufruf bekanntzugeben. Ferner wurden die notwendigen formalen Beschlüsse gefaßt und sodann die einstimmig verlaufene Tagung vom Vorsitzenden mit einem zündenden Schlußwort für beendet erklärt. Die Vereinigung der beiden Verbände, die auf eine auf Jahrzehnte zurückreichende Tradition erfolgreicher Arbeit für die von ihnen vertretenen Angestellteninteressen zurückzuführen vermögen, zeigt,

daß der Gedanke der Konzentration, der Zusammenfassung der Kräfte, der sich im gesamten Wirtschaftsleben in allen seinen Zweigen immer mehr durchsetzt, auch im gewerkschaftlichen Lager Fortschritte macht. Daß hierdurch die Leistungsfähigkeit und Wirkungskraft gehoben wird, ist unbestreitbar. Deshalb ist die Tatsache dieses organisatorischen Zusammenschlusses zweier bisher selbständiger Angestelltenverbände zu einem gemeinsamen, künftig einheitlich geleiteten Körper ganz besonders bemerkenswert und bedeutungsvoll.

### Devilenturie.

#### Prager Kurse am 3. November.

	Wert	Änderung
100 holländische Gulden	1350.50	1362.50
100 Reichsmark	803.25	807.25
100 Belas	488.70	471.70
100 Schweizer Franken	649.00	652.00
1 Pfund Sterling	163.68	164.88
100 Lire	183.72 1/2	185.12 1/2
1 Dollar	33.00	33.00
100 französische Franken	131.86	133.06
100 Dinar	59.19	59.69
100 Pengö	589.12 1/2	592.12 1/2
100 polnische Bloz	376.77 1/2	379.77 1/2
100 Schilling	474.00	477.00

### Gerichtssaal.

#### Gattenmordprozeß in Breslau.

Vor dem Schwurgericht in Breslau begann am Mittwoch vormittag der mit großer Spannung erwartete Prozeß gegen den Regierungsrat von Heydebrand und der Frau, einem Reffen des einstigen Führers der preussischen Konservativen. Die Anklage legt ihm zur Last, seine Frau vorsätzlich und mit Ueberlegung getötet zu haben. Regierungsrat von Heydebrand war bei der Breslauer Regierung tätig. Seine zweite Frau, die verwitwete Rittergutsbesitzerin v. Jobeltitz, hat er im Jahre 1925 in einem Ostseebad kennengelernt und bald darauf geheiratet. Ein Jahr später wurde die Frau mit einem Schuß in der Schläfe tot im Schlafzimmer aufgefunden. Frau von Heydebrand, eine geborene v. Ledow, hatte von ihrem ersten Manne, dem Rittergutsbesitzer v. Jobeltitz, ein großes Gut bei Gubrau geerbt. Der Mann war im Jahre 1915 bei einem Reitunfall tödlich verunglückt. Fünf Monate später gebar die Witwe ein Mädchen, das das väterliche Erbe zu 1/2 antreten sollte. Das Kind blieb aber nur einen Tag am Leben. Nun wurde die Mutter Erbin der gesamten Erbschaft, die die Familie von Jobeltitz vergeblich anzusehen suchte. Zehn Jahre lang bewirtschaftete die Frau das große Gut. Nach ihrem tragischen Tode stellte sich heraus, daß sie ihren zweiten Gatten vollkommen erbt und den ältesten Sohn des Bruders ihres ersten Mannes zum Gesamtverben einzusetzt hatte. Um diese Erbschaft ist noch ein Streit im Gange.

Die Verhandlung begann mit einer ausführlichen Vernehmung des Angeklagten, der 40 Jahre alt und seit Erhebung der Anklage seines Amtes entbunden ist. Von Heydebrand schilderte ausführlich seinen Lebenslauf. Seine erste Ehe ist geschieden worden wegen Ehebruch des Mannes, nachdem die Ehe an sich zerrüttet war. Seine zweite Frau schilderte der Angeklagte als außerordentlich willensstark und entschlossen. Sie habe in der Leitung ihres Gutes Außergewöhnliches geleistet und er sei sich von Anfang an darüber klar gewesen, daß seine Frau ihre selbständige Stellung nicht aufgeben werde. Er habe beschließen müssen, lediglich die Rolle eines Bräutigams zu spielen. Die Frau habe ihm aus dem Gute eine monatliche Rente von 1000 Mark zugestehen wollen, womit der Ehemann jedoch nicht einverstanden war. Anfangs habe er das Gut selbst zu bewirtschaften versucht, aber das sei nicht lange gegangen. Sehr bald seien Heiberien entstanden, zumal auch die Frau den Vorwurf erhob, er habe sie nur geheiratet, um seine

Rinder aus erster Ehe standesgemäß erziehen zu können. Schließlich sei es soweit gekommen, daß er die ihm zugelaufene Rente durch Zahlungsbefehl einziehen ließ. Für die völlige Zerrüttung der Ehe macht der Angeklagte den Oberparrer Schäfer verantwortlich, der die Scheidung betrieben und auch seine Enterbung veranlaßt habe. Durch Vermittlung eines Onkels sei es dann wieder zu einer Veröhnung in dem der Frau gebörenden Landhause in Kriegnitz gekommen. Er habe geglaubt, es sei alles in bester Ordnung. Die Frau sei sehr vergnügt gewesen. Sie hätten zusammen musiziert, vor dem Schlafengehen noch eine Flasche Fruchtstift getrunken und es sei zu einer völligen ehelichen Veröhnung gekommen. Vor dem Einschlafen habe die Frau nochmal eine Aussprache begonnen. Sie habe dabei von dem Manne ein generelles Schuldbekenntnis verlangt, daß er schuld an der Zerrüttung der Ehe sei. Da er darauf nicht eingegangen sei, sondern das Gespräch abbrach, sei die Frau wieder sehr verstimmt gewesen. Als er dann schon im Halbschlaf lag, habe er gefühlt, wie sich die Frau über ihn beugte. Er habe angenommen, sie wolle von seinem Nachtschiff das Glas Wasser nehmen. In Wirklichkeit habe sie zum Revolver gegriffen, den er stets nachts bei sich gehabt hätte, und sich erschossen. Die Darstellung des Ehemannes von dem Tode der Frau fand zunächst den Glauben der Polizei. Erst später wurde der Verdacht laut, daß es sich um eine Ermordung durch den Ehemann handle.

Auf Vorhalt des Vorstehenden schilderte der Angeklagte dann die Vorgänge in der Todesnacht noch genauer. Aus einem instinktiven Gefühl heraus habe er die Lampe angezündet und sofort gesehen, daß die Frau blutend auf der Mittelinie der beiden Betten lag. Das Herz schlug noch. Er habe sich sofort notdürftig angezogen und die Wirtschaftlerin geweckt. In seiner zurechenbaren Aufregung sei es ihm gewesen, als ob diese erklärt habe: „Das sind Sie wohl gewesen?“ oder „Da wird es heißen, daß Sie das gewesen sind“. Der herbeigerufene Arzt hat dann festgestellt, daß die Leiche in ihrer Lage nicht verändert worden ist.

Im Verlaufe der weiteren Vernehmung bestritt der Angeklagte, seine zweite Frau unter Mitwirkung eines Heiratsvermittlers geheiratet zu haben. Mehrfach gibt der Angeklagte seinem Bedauern darüber Ausdruck, erst nach dem Tode erfahren zu haben, daß seine Frau wegen einer schweren Krankheit in ärztlicher Behandlung war, worauf ihr

Benehmen und ihr Charakter zum Teil zurückzuführen sei. Der Vorstehende brachte dann das Testament der Frau zur Verlesung, in dem dem Mann auch das Pflichtteil entzogen wird. Auch der Ehekontrakt wurde verlesen, durch den die finanziellen Rechte und Pflichten beider Ehegatten bis ins kleinste geregelt waren.

Als erste Zeugin wurde die Wirtschaftlerin in Kriegnitz vernommen, die Frau von Heydebrand erst am Tage des Todes kennengelernt hat. Sie bezeugte, daß die beiden Gatten getrennt angekommen sind, nach dem Essen gelacht und gescherzt und abends musiziert hätten. Von der Unterhaltung im Schlafzimmer konnte die Zeugin nichts verstehen. In der Nacht sei Herr von Heydebrand plötzlich herausgestürzt und habe gestammelt: „Sie hat sich das Leben genommen!“ Sie habe gefragt: „Wie denn?“, worauf er erwiderte: „Mit der Waffe“. Sie habe darauf gesagt: „Zehen Sie, die Waffe. Nun werden die Leute denken, Sie haben das getan.“ Im Schlafzimmer lag die Leiche der Frau, die den Revolver in der rechten Hand hielt.

Der nächste Zeuge war der Arzt Dr. Keim, den der Angeklagte sofort nach der Tat herbeigerufen hatte. Er bestätigte, daß der Angeklagte innerlich stark erregt gewesen sei. Der rechte Arm, in dessen Hand der Revolver gehalten wurde, hätte nach Auffassung des Arztes normalerweise auf der Weibside liegen müssen. Trotzdem habe er den Eindruck eines Selbstmordes gehabt. Gutsvorsteher Schmidt ist noch in derselben Nacht um 3 Uhr morgens vom Angeklagten aufgesucht worden, damit er ein Protokoll aufnehme. Von Heydebrand sei sehr niedergedrückt und erregt gewesen. Ein weiterer Zeuge vertrat die Auffassung, daß Frau v. Heydebrand stark hysterisch war und an der fixen Idee litt, von ihrem Mann schlecht behandelt zu werden. Kriminalkommissar Wipner erklärte als Zeuge, es sei seine feste Ueberzeugung, daß Frau v. Heydebrand Selbstmord verübt habe und daß kein anderer als Schuldiger in Frage komme. Auch die Schwester des Angeklagten vertrat die Auffassung, daß nicht ihr Bruder die Tat begangen habe, sondern die Schwägerin freiwillig an dem Leben geschieden sei.

#### Ein beispielloses Urteil des Obersten Gerichtes in Brünn.

Brünn, 3. November. (Eigenbericht.) Bei der Waise der Brünnener Kommunisten im Jahre 1925 wurde der Brünner kommunistischen Jugendblinde eine Fahne des russischen Reiterregiments Budjonnj überreicht, wobei einige kommunistische Jugendliche ein paar harmlose Worte sagten, zum Beispiel, daß die Fahne in ein rotes Brünn zurückkehren möchte usw. Darauf wurden die kommunistischen Jugendlichen Pauszima, Skožel und Michal wegen Vorbereitung zu Anschlügen auf die Republik nach dem Schutzgesetz angeklagt und von einem Straffenat des Brünnener Landesgerichtes freigesprochen. Der Staatsanwalt erhob gegen diesen Freispruch die Richtigkeitsbeschwerde, der der Oberste Gerichtshof aber stattgab. Bei der neuerlichen Verhandlung vor der ersten Instanz wurde wieder ein Freispruch gefällt, nur Skožel erhielt zwei Monate unbedingte Haft. Der Staatsanwalt aber rekurrierte neuerlich und heute hat der Oberste Gerichtshof in der Sache endgültig entschieden. In geheimer Verhandlung beschloß er unter Vorbehalt des Präsidenten Popelka, das Urteil zu kassieren, und fällte selbst ein neues Urteil, durch das alle drei Angeklagten zu je einem Jahr Kerker, außerdem zu einer Geldstrafe von je 2000 K., im Nichterbringungsfall zu einem weiteren Monat Kerker verurteilt wurden. Außerdem wurde den Angeklagten das Wahlrecht ab gesprochen.

#### Herr Richter, ich hab' ein „normales Vermögen“, nämlich eine Million Kronen!

Prag, 2. November. Der nächste Angeklagte nach Stoppel ist der Herr Fabrikant Dr. Karl Köhler, Erzeuger von chemischen Produkten. Es ist selbstverständlich, daß dieser Herr, der vom Richter befragt, was sein Vermögen betrage, obige Antwort gab, einen sehr eifrigen Verteidiger zur Seite hatte. Köhler wird von der Firma Jäthhol Gesellschaft Cordes Hermann & Co. in Hamburg geklagt, sich gegen das Markenrecht vergriffen zu haben, indem er eine Arznei gegen Hautkrankheiten unter dem Namen Ammon-Jäthhol-Sulfonol unter dem Namen Ammon-Jäthhol-Sulfonol und Ammono Sulfonol veräußerte. Die Hamburger Firma hat ein ähnliches Produkt unter dem Namen Jäthhol und Sulfonol-Jäthholium als Schutzmarke in diesem Staate registriert. Selbstredend hatte auch die klagende Firma einen Advokaten. Der Fabrikant wurde freigesprochen.

#### Beim Geldwechseln.

Prag, 3. November. Der angeklagte Reisende Karl Dörl trat in ein Geschäft in den Weinbergen und kaufte sich dort etwas um K 2.000. Als er merkte, daß bei der Kassa ein unerfahrenes Kind von zwölf Jahren saß, die Tochter der Geschäftsinhaberin, fiel ihm plötzlich ein, sich eine 100 K Note auszuwechseln zu lassen. Er strich wohl das Kleingeld für die 100 K ein, aber gleichzeitig auch wieder seine Banknote. Er wurde durch Zeugen überwiesen und hatte sich heute vor dem Senat des UGB. Wrazel zu verantworten. Da er bereits einige Kerkerstrafen von 12 bis 15 Monaten auf seiner Strafliste hat, wußte er, daß die Sache nicht gut ausgehen würde. Er bat daher, nicht wegen Diebstahls, sondern wegen Vertragsverletzung zu werden. Der Senat verurteilte ihn zu zwei Monaten einfachen Arrestes. Im Auditorium wartete eine Frau, die bei der Urteilsverkündung weinend und händeringend auf den Gang lief.

### Ein Toter ging zu den Toten.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Wer sich daran erinnern will, wie das Deutschland der Kaiserzeit aussah, der braucht nur auf den Berliner Kurfürstendamm zu gehen oder in eine jener „Prachtstraßen“, von denen der Fremde in deutschen Städten noch heute empfangen wird. Da stehen die großen Paläste, die das Barock, die Renaissance, die Gotik initiieren sollen. Die Fassaden mit Stuck überladen, Säulen und Verbräule tragen falsche Balkons, Türme und Ruppeln, taube Mauern und blinde Fenster sollen eine leichte Romantik vortäuschen. Alles wie aus den Schaufenstern der Zuberbäder, so süß, so bergig, so unecht. Diese Skulpturenwerke, und dazu die „Schimmernde Wehr“ und noch eine Riesenslotte stellen von dem Kaiserreich verkünden: Das bin ich, so reich und so mächtig bin ich! Der Kämmerer dieser Zeit war Wilhelm II.

Was hinter diesen falschen Fassaden steckte, das hatte die Sozialdemokratie rechtzeitig erkannt und bekämpft. In welche Gefahren das deutsche Volk durch eine Politik gestürzt wurde, die immer nur mit großen Worten arbeitete, die der ganzen Welt die gepanzerte Faust zeigte, die mit einem Reichum prohte, hinter dem sich viel Talun verborg, das hat sich im Kriege und nachher schauerlich erfüllt. Das Bürgerium jener Zeit wollte nicht sehen und nicht hören, es machte seine Geschäfte und überließ die Beherrschung der Machtinstrumente des Staates den Monarchisten, den Aristokraten, den Bürokraten. Um so größerer Aufsehen erregte es, daß aus dieser stumpfen Masse der fatten Bürgerleute ein Mann auf-

stieg und zum Angriff auf das Kaiserthum, oder genauer auf Wilhelm II. voring. Das war Maximilian Harden, dessen Tod vor einigen Tagen aus der Schweiz gemeldet worden ist. Ein Wanderer, der in seiner schriftstellerischen Tätigkeit die Erfahrungen verwertete, die er einige Jahre lang als kleiner Schauspieler gesammelt hatte. Wenn man die Aufsätze Hardens in seiner „Zukunft“ heute nachliest, so staunt man darüber, wie er mit seinem geschnittenen und überladenen Stil eine immerhin große Leserschaft anzuziehen vermocht hat. Aber es war wohl weniger der Stil, als der Stoff, mit dem er seine Wirkung ausübte.

Hardens Glück war, daß der von Wilhelm II. davonjagte Bismarck Anfang der Vierziger Jahre einen Literaten brauchte, den er als Nachwehrling gegen seinen ehemaligen kaiserlichen Herrn verwenden konnte. Und hatte Harden erst die Geheimnisse von Friedrichruh, Bismarcks Ruhesitz, so flog er ihm auch andere Kenntnisse aus jenen „Höhen“ zu, in denen damals die Politik des Reiches gemacht wurde. Das war es eigentlich, was Hardens Bedeutung ausmachte: er wurde als Träger wichtiger Dinge gesichert, man glaube in ihm einen Wissenben zu sehen, man betrachtete ihn als den literarischen Wortführer einer Opposition, die gegen den Großsprecher auf dem kaiserlich Thron das Bismarck'sche Werk verteidigte. Die „Zukunft“ wurde allerdings auch von Leuten gelesen, die weder von Bismarck, noch von Wilhelm II. etwas wissen wollten, denen aber der Klassenkampf der Sozialdemokratie für eine neue, bessere soziale Ordnung als zu hart und grausam erschien; die sich von dem angeblichen „Zauberwort“ der Arbeiterbewegung abwandten, weil sie hier ihre ästhetischen Gefühle nicht

spazieren tragen konnten. Die Sozialdemokratie, das war die Partei der wirtschaftlich Entbehrten, was zu ihr überging, der mußte alle Brücken hinter sich abbrechen, der mußte ohne Aussicht auf klingenden Lohn in Reich und Glied mit der Arbeiterchaft kämpfen. Da war es schon leichter, Hardens „Zukunft“ zu lesen und mit ihm über Wilhelm und die Kamarilla am kaiserlichen Hofe, über Günstlingswirtschaft beim Militär und in der Bürokratie zu schimpfen. Das schien weniger gefährlich und trotzdem blieb das Gefühl, mit „dabei“ gewesen zu sein.

An den Brunkbäumen des Kurfürstendamms, der Kaiser- und Königsstraßen werden jetzt die Stuckfassaden heruntergerissen. Sie passen nicht mehr in die heutige Zeit der Sachlichkeit. Das deutsche Kaiserthum ist in Schanden untergegangen. Die „Zukunft“ Maximilian Hardens ist längst tot. Jetzt ist ihr auch der Herausgeber, ein lebender Leichnam, in das Grab gefolgt. Ein Toter ging zu den Toten. Aber die Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie, von der weder Harden, noch sein kaiserlicher Begleiter etwas wissen wollte, sie leben, sie wachsen. Harden hat die fauligen Stellen des Kaiserreiches wohl gesehen, aber er war zu sehr Bürger, als daß er erkannt hätte, daß das ganze Gebäude morsch war. Der Kaiser ist fort, Harden ist tot. Wer aus der jüngsten Generation weiß heute noch etwas von den Feldzügen, die Harden in seiner „Zukunft“ gegen Wilhelm und seinen Kreis geführt hat? Freilich ist im Reich eist der Stuck abgeschlagen. Die große Erneuerung hat kaum begonnen. Jetzt ist die Arbeiterchaft dabei, sich ein schöneres Haus zu bauen: kein Barock, keine Gotik, keine Renaissance, aber ein Haus der Arbeit, in dem auch die Freude und der Gemüß Wohnrecht haben.



